

Hinweise zum Datenschutz nach Art. 13 DSGVO im Zusammenhang mit dem Dienst-/Beschäftigungsverhältnis

Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht geben. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach Ihres Dienst-/Beschäftigungsverhältnisses oder anderweitigen Vertragsverhältnisses. Nähere datenschutzrechtliche Auskünfte können Sie von dem jeweiligen Fachdienst erhalten, der Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet.

Verantwortlicher:

Kreis Ostholstein, Der Landrat, Lübecker Str. 41, 23701 Eutin

E-Mail: info@kreis-oh.de

Tel.: 04521-788-0

Behördlicher Datenschutzbeauftragter:

Kreis Ostholstein, behördlicher Datenschutzbeauftragter, 23701 Eutin, Lübecker Str. 41, E-Mail: BDSB@kreis-oh.de, Tel. 04521-788-294

Zweck der Verarbeitung:

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten einschließlich Daten im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 DSGVO (Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten) entsprechend § 15 LDSG/§ 85 LBG soweit dies zur Begründung, Durchführung, Beendigung oder Abwicklung des Dienst-/Beschäftigungsverhältnisses oder zur Durchführung organisatorischer, personeller und sozialer Maßnahmen, insbesondere auch zu Zwecken der Personalplanung und des Personaleinsatzes, erforderlich ist oder eine Rechtsvorschrift oder eine Vereinbarung nach dem Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein dies erlaubt.

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

a) Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (§ 15 LDSG)

Die Verarbeitung von Daten erfolgt zur Begründung, Durchführung oder Beendigung des Dienst-/Beschäftigungsverhältnisses im Rahmen des mit Ihnen bestehenden Dienstverhältnisses/Arbeitsvertrages oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Anfrage hin erfolgen. Sofern Sie Zusatzleistungen in Anspruch nehmen (z.B. Zuschuss Kinderbetreuung), werden Ihre Daten zur Erfüllung dieser Zusatzleistungen verarbeitet, soweit dies erforderlich ist.

b) Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 f DSGVO)

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Beispiele für solche Fälle sind:

Maßnahmen zur Personalentwicklungsplanung

Maßnahmen zum Schutz von Beschäftigten und Kunden sowie zum Schutz des Eigentums der Verwaltung

Veröffentlichung dienstlicher Kontaktdaten im Intranet und internen Telefonbuch und auf der Webseite

Aufzeichnungen zu Mitarbeitergesprächen (z. B. Dokumentation der festgelegten Ziele und der Zielerreichung)

c) Aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 a DSGVO in Verbindung mit Art. 88 DSGVO)

Wenn Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erteilt haben, erfolgt eine Verarbeitung nur gemäß den in der Einwilligungserklärung festgelegten Zwecken und im darin vereinbarten Umfang. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DSGVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Der Widerruf der Einwilligung wirkt erst für die Zukunft und berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten.

Dies betrifft z.B. die Nutzung von Mitarbeiterbildern

d) Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 c DSGVO sowie Art. 88 DSGVO und § 15 LDSG)

Als Arbeitgeber unterliegen wir diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z.B. Sozialversicherungsrecht, Arbeitssicherheit, Steuergesetze). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Identitätsprüfung und die Erfüllung sozialversicherungs- und steuerrechtlicher Kontroll-, Melde- oder Dokumentationspflichten. Soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten gem. Art. 9 Abs. 1 DSGVO verarbeitet werden, dient dies im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses der Ausübung von Rechten oder der Erfüllung von rechtlichen Pflichten aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der sozialen Sicherheit und dem Sozialschutz (z.B. Angabe von Gesundheitsdaten gegenüber der Krankenkasse, Erfassung der Schwerbehinderung wegen Zusatzurlaub und Ermittlung der Schwerbehindertenabgabe). Dies erfolgt auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 b)

DSGVO i.V.mit § 15 LDSG. Zudem kann die Verarbeitung von Gesundheitsdaten für die Beurteilung ihrer Arbeitsfähigkeit gem. Art. 9 Abs.2 h) erforderlich sein. Daneben kann die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten auf einer Einwilligung nach Art. 9 Abs. 2 a) beruhen (z.B. betriebliches Eingliederungsmanagement).

Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses von unseren Beschäftigten und anderen vergleichbar Betroffenen erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit für die Zwecke der Einstellung, der Erfüllung des Dienstverhältnisses/Arbeitsvertrags und der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich – personenbezogene Daten, die wir von Ihnen erhalten haben. Zu den personenbezogenen Daten zählen insbesondere:

Personalien (z. B. Name und Adresse und Kontaktdaten und Geburtstag sowie -ort und Staatsangehörigkeit)

familiäre Daten (z. B. Familienstand und Angaben zu Kindern)

Religionszugehörigkeit

Gesundheitsdaten (sofern für das Beschäftigungsverhältnis relevant z.B. bei einer Schwerbehinderung)

Legitimationsdaten (z. B. Ausweisdaten)

Steueridentifikationsnummer

Angaben zur Qualifikation und Mitarbeiterentwicklung (z. B. Ausbildung und Berufserfahrung und Sprachkenntnisse und Fortbildungen)

sowie andere mit den genannten Kategorien vergleichbare Daten.

Weitere relevante personenbezogene Daten können sein:

Angaben zum Beschäftigungsverhältnis (z. B. Eintrittsdatum und Bezeichnung der Tätigkeit und Titel)

lohnsteuerrelevante Daten aus der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen (z. B. Gehaltszahlung)

Informationen über die finanzielle Situation von Mitarbeitern (z. B. Kreditverbindlichkeiten und Gehaltspfändungen)

Sozialversicherungsdaten

Daten zur Altersversorgung bzw. zur Pensionskasse

Angaben zur Arbeitszeit (z. B. Arbeitszeiterfassung und Urlaub und Krankheit und Daten in Zusammenhang mit Dienstreisen)

Zutrittsdaten

Berechtigungsdaten (z. B. Zugangs- und Zugriffsrechte)

Daten zur Mitarbeiterevaluierung

sowie andere mit den genannten Kategorien vergleichbare Daten.

Weitergabe von Daten

Innerhalb der Kreisverwaltung Ostholstein erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der vertraglichen, gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Pflichten sowie zur Wahrung berechtigter Interessen benötigen, z.B. Personalabteilung, Schwerbehindertenvertretung, Personalrat.

Auch von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen können zu diesen Zwecken Daten erhalten, sofern diese die Daten zur Erfüllung ihrer jeweiligen Leistung benötigen. Dies sind z.B. Unternehmen in den Kategorien Schulungsanbieter und IT-Dienstleistungen. Sämtliche Dienstleister sind vertraglich dazu verpflichtet, Ihre Daten vertraulich zu behandeln.

Im Hinblick auf die Datenweitergabe an Empfänger außerhalb der Kreisverwaltung Ostholstein ist zunächst zu beachten, dass wir als Arbeitgeber nur erforderliche personenbezogene Daten unter Beachtung der anzuwendenden Vorschriften zum Datenschutz weitergeben. Informationen über unsere Beschäftigte dürfen wir grundsätzlich nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies erlauben, Sie eingewilligt haben oder wir zur Weitergabe anderweitig befugt sind.

Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z.B. sein:

- Sozialversicherungsträger,
- Krankenkassen,
- Versorgungswerke,
- Steuerbehörden,
- Berufsgenossenschaften,
- öffentliche Stellen und Institutionen (z.B. Finanzbehörden und Strafverfolgungsbehörden) bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung,
- andere Unternehmen zur Abwicklung von Gehaltszahlungen oder vergleichbare Einrichtungen an die wir zur Durchführung der

Vertragsbeziehung personenbezogene Daten übermitteln (z.B. für Gehaltszahlungen),

- Dienstleister im Rahmen von Auftragsverarbeitungsverhältnissen.

Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben oder an die wir aufgrund einer Interessenabwägung befugt sind, personenbezogene Daten zu übermitteln.

Eine Datenübermittlung an Stellen in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (sogenannte Drittstaaten) findet statt, soweit

- es gesetzlich vorgeschrieben ist (z.B. steuerrechtliche Meldepflichten)
- Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben oder
- dies durch das berechtigte Interesse datenschutzrechtlich legitimiert ist und keine höheren schutzwürdigen Interessen des Betroffenen dem entgegenstehen.

Darüber hinaus übermitteln wir keine personenbezogenen Daten an Stellen in Drittstaaten oder internationale Organisationen.

Wir haben zudem mit unseren Dienstleistern vertraglich vereinbart, dass auch mit deren Vertragspartnern immer Garantien zum Datenschutz unter Einhaltung des europäischen Datenschutzniveaus bestehen müssen.

Speicherdauer Ihrer Daten

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten solange dies für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist. Dabei ist zu beachten, dass das Beschäftigungsverhältnis ein Dauerschuldverhältnis ist, welches auf einen längeren Zeitraum angelegt ist.

Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren – befristete – Weiterverarbeitung ist erforderlich zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten, die sich z.B. ergeben können aus: Sozialgesetzbuch (SGB IV), Handelsgesetzbuch (HGB) und Abgabenordnung (AO). Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen in der Regel sechs bis zehn Jahre.
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften. Nach den §§ 195 ff des Bürgerlichen Gesetzbuches

(BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre beträgt.

Sofern die Datenverarbeitung im berechtigten Interesse von uns oder einem Dritten erfolgt, werden die personenbezogenen Daten gelöscht, sobald dieses Interesse nicht mehr besteht. Hierbei gelten die genannten Ausnahmen. Gleiches gilt für die Datenverarbeitung aufgrund einer erteilten Einwilligung. Sobald diese Einwilligung für die Zukunft durch Sie widerrufen wird, werden die personenbezogenen Daten gelöscht, es sei denn es besteht eine der genannten Ausnahmen. Erfolgt die Speicherung der Daten auf Grund einer Betriebsvereinbarung, wird die Speicherdauer dort geregelt.

Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Sie haben das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Wenn Sie einer Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten widersprechen, kann dies allerdings dazu führen, dass z.B. eine eventuelle beantragte Leistung nicht bewilligt werden kann.

Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO):

Sie haben einen Anspruch zu erfahren, ob bzw. welche Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Darüber hinaus stehen Ihnen weitere Informationen entsprechend dem Katalog in Art. 15 DSGVO zu.

Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO):

Sie haben ein Recht darauf, dass unrichtige personenbezogenen Daten berichtigt werden und unvollständige Daten vervollständigt werden.

Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO):

Unter bestimmten in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen haben Sie einen Anspruch auf Löschung Ihrer personenbezogener Daten.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Unter bestimmten in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen haben Sie einen Anspruch auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

Recht auf Datenübertragung (Art. 20 DSGVO)

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, haben Sie ein Recht auf Datenübertragung an einen anderen Verantwortlichen.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Wenn Sie glauben, bei der Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten in Ihren Rechten verletzt worden zu sein, können Sie sich an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Landesbeauftragte für Datenschutz Schleswig-Holstein, Holstenstraße 98, 24171
Kiel, Tel.: 0431/988-1200, Telefax: 0431/988-1223, E-Mail:
mail@datenschutzzentrum.de

Diese Hinweise sind auch auf der Intranet-Seite des Kreises Ostholstein unter folgenden Link hinterlegt:

<https://intranet.kreis-oh.de/Service-Men%C3%BC/Datenschutz>